

H A U P T S A T Z U N G

vom 05. Dezember 2013

Inhaltsübersicht:

Abschnitt I	Form der Gemeindeverfassung § 1	S. 1
Abschnitt II	Gemeinderat §§ 2, 3	S. 2
Abschnitt III	Ausschüsse des Gemeinderats §§ 4 bis 7	S. 3 - 5
Abschnitt IV	Bürgermeister §§ 8, 9	S. 6 - 8
Abschnitt V	Stellvertretung des Bürgermeisters § 10	S. 9
Abschnitt VI	Ortsteile/Stadtteile § 11	S. 9
Abschnitt VII	Unechte Teilortswahl § 12	S.10
Abschnitt VIII	Ortschaftsverfassung §§ 13 bis 17	S. 11-14
Abschnitt IX	Schlussbestimmungen § 18	S. 15

Auf Grund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg -GemO- hat der Gemeinderat am 05. Dezember 2013 folgende Hauptsatzung beschlossen:

I. FORM DER GEMEINDEVERFASSUNG

§ 1 Gemeindeverfassung

Verwaltungsorgane der Stadt sind der Gemeinderat und der Bürgermeister.

II. GEMEINDERAT

§ 2 Rechtsstellung, Aufgaben und Zuständigkeiten

Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger und das Hauptorgan der Stadt.

Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Stadt fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Stadt, soweit nicht der Gemeinderat dem Ortschaftsrat der Stadtteile Grauelsbaum, Muckenschopf, Scherzheim und Ulm oder einem beschließenden Ausschuss oder dem Bürgermeister bestimmte Angelegenheiten übertragen hat oder der Bürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist. Der Gemeinderat überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse und sorgt beim Auftreten von Missständen in der Stadtverwaltung für deren Beseitigung durch den Bürgermeister.

§ 3 Zusammensetzung

Der Gemeinderat besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und den ehrenamtlichen Mitgliedern.

III. AUSSCHÜSSE DES GEMEINDERATS

§ 4 Beschließende Ausschüsse des Gemeinderates

- (1) Es wird folgender beschließender Ausschuss gebildet:

1.1 Verwaltungs- und Bauausschuss (VBA)

- (2) Der Ausschuss besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem oder im Verhinderungsfall dessen Stellvertreter und

8 weiteren Mitgliedern des Gemeinderats (Stadträte).

Für jedes Mitglied des Ausschusses wird ein Stellvertreter bestellt, der diesen im Verhinderungsfall vertritt (persönlicher Stellvertreter).

Ist auch der persönliche Stellvertreter verhindert, so tritt bei Parteien und Wählervereinigungen mit mehr als einem Ausschussmitglied an seine Stelle der nächste, nicht verhinderte und nicht bereits als Verhinderungsstellvertreter in Anspruch genommene Stellvertreter (Stellvertretung nach Reihenfolge). Über die Reihenfolge ist zugleich mit der Bestellung der Stellvertreter zu entscheiden.

- (3) Die Ortsvorsteher haben das Recht, an den Sitzungen des Verwaltungs- und Bauausschusses mit beratender Stimme teilzunehmen (§ 71 Abs. 4 GemO).
- (4) Fachkundige Einwohner können in Einzelfällen mit beratender Stimme zu den Sitzungen des Verwaltungs- und Bauausschusses hinzugezogen werden (§ 33 Abs. 3 GemO).

§ 5 Allgemeine Zuständigkeiten des beschließenden Ausschusses

- (1) Der beschließende Ausschuss entscheidet im Rahmen seiner Zuständigkeit selbständig an Stelle des Gemeinderats.
- (2) Dem beschließenden Ausschuss werden die in § 7 bezeichneten Aufgabengebiete zur dauernden Erledigung übertragen.
- (3) Der beschließende Ausschuss ist innerhalb seines Geschäftskreises zuständig für:
 - 3.1 die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan, soweit der Betrag im Einzelfall mehr als 7.500,-- € aber nicht mehr als 35.000,-- € beträgt. Die Zuständigkeit des Bürgermeisters gem. § 9 und der Ortschaftsräte gem. § 15 bleiben unberührt.
 - 3.2 die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 5.000,-- € aber nicht mehr als 25.000,-- € im Einzelfall.
- (4) Soweit sich die Zuständigkeit des beschließenden Ausschusses nach Wertgrenzen bestimmt, beziehen sich diese auf den einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang. Die Zerlegung eines solchen Vorgangs in mehrere Teile zur Begründung einer anderen Zuständigkeit ist nicht zulässig. Bei voraussehbar wiederkehrenden Leistungen bezieht sich die Wertgrenze auf den Jahresbetrag.

§ 6 Beziehungen zwischen Gemeinderat und beschließendem Ausschuss

- (1) Wenn eine Angelegenheit für die Gemeinde von besonderer Bedeutung ist, kann der Verwaltungs- und Bauausschuss die Angelegenheit mit den Stimmen eines Viertels aller Mitglieder dem Gemeinderat zur Beschlussfassung unterbreiten.
- (2) Der Gemeinderat kann dem beschließenden Ausschuss allgemein oder im Einzelfall Weisungen erteilen, jede Angelegenheit an sich ziehen oder Beschlüsse des beschließenden Ausschusses, solange sie noch nicht vollzogen sind, ändern oder aufheben.
- (3) Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Gemeinderat vorbehalten ist, können dem beschließenden Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden. Auf Antrag des Vorsitzenden oder eines Fünftels aller Mitglieder des Gemeinderats sind sie dem zuständigen beschließenden Ausschuss (VBA) zur Vorberatung zu überweisen.
- (4) Der Gemeinderat kann Angelegenheiten, die die Aufgabengebiete des Ausschusses berühren, selbst erledigen. Die Zuständigkeit des Gemeinderats ist anzunehmen, wenn zweifelhaft ist, ob die Behandlung einer Angelegenheit zur Zuständigkeit des Gemeinderats oder zu der des beschließenden Ausschusses gehört.

§ 7 Verwaltungs- und Bauausschuss (VBA)

Der Verwaltungs- und Bauausschuss ist zuständig für:

1. Vorberatung von Bauvorhaben der Stadt, insbesondere Durchführung von Ortsbesichtigungen,
2. die Zulassung von Ausnahmen von der Veränderungssperre (§ 14 Abs. 2 BauGB),
3. die Zulassung von Vorhaben während der Aufstellung eines Bebauungsplanes (§§ 33 und 36 BauGB),
4. die Zulassung von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§§ 34 und 36 BauGB), soweit hiervon das Ortsbild verändert oder beeinträchtigt werden kann,
5. die Zulassung von Vorhaben im Außenbereich (§§ 35 und 36 BauGB), wenn die jeweilige Angelegenheit für die Bauleitplanung der Stadt nicht von grundsätzlicher Bedeutung oder besonderer Wichtigkeit ist,
6. Genehmigungsverfahren für den Bodenverkehr (§ 19 BauGB),
7. die Erklärung der Stadt gemäß §§ 33, 24 – 28 BauGB (Vorkaufsrechte) soweit diese Vorkaufsrechte ausgeübt werden sollen,
8. die Stellungnahme der Stadt als Angrenzer (§ 56 LBO) soweit die nach der LBO vorgeschriebenen Grenzabstände nicht eingehalten werden.

IV. BÜRGERMEISTER

§ 8 Rechtsstellung

- (1) Der Bürgermeister ist hauptamtlicher Beamter auf Zeit.
- (2) Der Bürgermeister kann sich in der Ausübung seiner Dienstgeschäfte in den Stadtteilen Grauelsbaum, Muckenschopf, Scherzheim und Ulm durch den Ortsvorsteher vertreten lassen (§ 71 Abs. 3 GemO).

§ 9 Zuständigkeiten

- (1) Der Bürgermeister leitet die Stadtverwaltung und vertritt die Stadt. Er ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Stadtverwaltung.
Der Bürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz oder den Gemeinderat übertragenen Aufgaben. Weisungsaufgaben erledigt der Bürgermeister in eigener Zuständigkeit, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.
Dies gilt auch, wenn die Stadt in einer Angelegenheit angehört wird, die aufgrund einer Anordnung der zuständigen Behörde geheim zu halten ist.
- (2) Dem Bürgermeister werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:
 - 2.1 die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan einschließlich Vergabe von Arbeiten und Lieferungen bis zum Betrag von 7.500,-- € im Einzelfall, jedoch in unbeschränkter Höhe, soweit es sich um regelmäßig wiederkehrende Geschäfte handelt.
 - 2.2 die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts und zur Verwendung von Deckungsreserven bis zu 5.000,-- € im Einzelfall;

- 2.3 Einstellung und Entlassung von Mutterschaftsvertretungen einschließlich die Gewährung von Erziehungsurlaub (jetzt: Elternzeit) und Sonderurlaub bis zur jeweiligen Höchstgrenze der tariflichen bzw. gesetzlichen Zulässigkeit und Einstellung und Entlassung der hierzu erforderlichen Vertretungen, Einstellung und Entlassung auf Antrag von Reinigungspersonal.
Einstellung und Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Aushilfskräften und Praktikanten, auch FSJ (Freiwilliges Soziales Jahr);
- 2.4 die Gewährung von unverzinslichen Lohn- und Gehaltsvorschüssen sowie Unterstützungen und von Arbeitgeberdarlehen im Rahmen der Richtlinien;
- 2.5 die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Freigebigkeitsleistungen bis zu € 2.500,-- im Einzelfall;
- 2.6 die Stundung von Forderungen im Einzelfall
 - 2.6.1 bis zu 3 Monaten in unbeschränkter Höhe,
 - 2.6.2 über 3 Monate bis zu 6 Monaten und bis zu einem Höchstbetrag von 5.000,-- €;
- 2.7 den Verzicht auf Ansprüche (Erlass) der Stadt und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Gemeinde im Einzelfall nicht mehr als 500,-- € beträgt;
- 2.8 die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten, im Wert bis zu 20.000,-- € im Einzelfall;
- 2.9 Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bis zu einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von 2.500,-- € im Einzelfall.
- 2.10 die Veräußerung und Vermietung von beweglichem Vermögen bis zu 2.500,-- € im Einzelfall;
- 2.11 Veräußerung der städtischen Walderträge zum Höchstgebot;
- 2.12 die Bestellung von Bürgern zu ehrenamtlicher Mitwirkung sowie die Entscheidung darüber, ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung einer solchen ehrenamtlichen Mitwirkung vorliegt;
- 2.13 die Zuziehung sachkundiger Einwohner, Sachverständiger zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten im Gemeinderat und im beschließenden Ausschuss

- 2.14 die Erteilung von Negativzeugnissen über das Vorkaufsrecht nach dem Baugesetzbuch
- 2.15 die Beauftragung der Feuerwehr zur Hilfeleistung in Notlagen und mit Maßnahmen der Brandverhütung im Sinne des § 2 Abs. 2 Feuerwehrgesetz.
- 2.16 die Zulassung von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§§ 34 und 36 BauGB) soweit nicht der Verwaltungs- und Bauausschuss gem. § 7 zuständig ist,
- 2.17 die Stellungnahme der Stadt als Angrenzer (§ 56 LBO) soweit die nach der LBO vorgeschriebenen Grenzabstände eingehalten werden,
- 2.18 die Vergabe von Bauplätzen zum Zwecke der Wohnbebauung im Stadtteil Lichtenau an Bürger zu den vom Gemeinderat festgelegten Bedingungen,
- 2.19 die Erklärung der Stadt gem. §§ 24 – 28 BauGB (Vorkaufsrechte), soweit diese Vorkaufsrechte nicht ausgeübt werden sollen.

V. STELLVERTRETUNG DES BÜRGERMEISTERS

§ 10 Stellvertreter des Bürgermeisters

- (1) Der Gemeinderat bestellt nach jeder Wahl aus seiner Mitte drei ehrenamtliche Stellvertreter, die den Bürgermeister im Verhinderungsfalle vertreten (§ 48 Abs. 1 GemO).
- (2) Die Reihenfolge der Vertretung wird bei der Bestellung bestimmt.
- (3) Scheidet einer der Stellvertreter vorzeitig aus seinem Amt aus, so ist für den Rest der Wahlperiode diese Vertreterstelle durch Neuwahl zu besetzen.

VI. STADTTEILE

§ 11 Benennung der Stadtteile

- (1) Das Stadtgebiet besteht aus folgenden räumlich voneinander getrennten Stadtteilen:
 - 1.1 Lichtenau
 - 1.2 Grauelsbaum
 - 1.3 Muckenschopf
 - 1.4 Scherzheim
 - 1.5 Ulm
- (2) Die Namen der in Absatz (1) bezeichneten Ortsteile werden mit dem vorangestellten Namen der Stadt und mit diesem durch Bindestrich verbunden geführt.
- (3) Die räumlichen Grenzen der Stadtteile Muckenschopf, Scherzheim und Ulm sind jeweils die Gemarkungen der früheren Gemeinden gleichen Namens. Die räumlichen Grenzen des Stadtteils Lichtenau ist die Gemarkung der früheren Gemeinde gleichen Namens abzüglich der nach Veränderungsnachweise Nr. 1999/1 -Gemarkung Grauelsbaum- und Nr. 1999/4 -Gemarkung Lichtenau – bezeichneten Grundstücke. Die räumlichen Grenzen des Stadtteils Grauelsbaum ist die Gemarkung der früheren Gemeinde gleichen Namens, einschließlich der nach Veränderungsnachweise Nr. 1999/1 –Gemarkung Grauelsbaum- und Nr. 1999/4 – Gemarkung Lichtenau- bezeichneten Grundstücke.

VII. UNECHTE TEILORTSWAHL

§ 12 Unechte Teilortswahl

- (1) Die in § 11 Abs. 1 genannten Stadtteile bilden je einen Wohnbezirk im Sinne von § 27 Abs. 2 Satz 1 GemO.
- (2) Die Zahl der Gemeinderäte wird auf 14 Sitze festgesetzt. Die Sitze im Gemeinderat sind nach Maßgabe des Absatzes 3 mit Vertretern dieser Wohnbezirke zu besetzen (Unechte Teilortswahl).
- (3) Die Sitze im Gemeinderat werden wie folgt auf die einzelnen Wohnbezirke verteilt:

2.1 Wohnbezirk Grauelsbaum	1 Sitz
2.2 Wohnbezirk Lichtenau	6 Sitze
2.3 Wohnbezirk Muckenschopf	1 Sitz
2.4 Wohnbezirk Scherzheim	3 Sitze
2.5 Wohnbezirk Ulm	3 Sitze

VIII. ORTSCHAFTSVERFASSUNG

§ 13 Einrichtung von Ortschaften

Es werden folgende Ortschaften eingerichtet:

- 1.1 Grauelsbaum
- 1.2 Muckenschopf
- 1.3 Scherzheim
- 1.4 Ulm

§ 14 Bildung und Zusammensetzung der Ortschaftsräte

- (1) In den nach § 13 eingerichteten Ortschaften werden Ortschaftsräte gebildet.
- (2) Die Zahl der Ortschaftsräte beträgt in der Ortschaft
 - 2.1 in der Ortschaft Grauelsbaum - 6 Mitglieder
 - 2.2 in der Ortschaft Muckenschopf - 6 Mitglieder
 - 2.3 in der Ortschaft Scherzheim - 8 Mitglieder
 - 2.4 in der Ortschaft Ulm - 8 Mitglieder
- (3) Die Ortschaftsräte werden jeweils von der Bevölkerung gewählt. Scheidet ein Ortschaftsrat vorzeitig aus, gilt § 31 Abs. 2 Satz 1 GemO entsprechend.

§ 15 Zuständigkeit des Ortschaftsrats

- (1) Der Ortschaftsrat hat die örtliche Verwaltung zu beraten.
- (2) Der Ortschaftsrat ist zu wichtigen Angelegenheiten, die die jeweilige Ortschaft betreffen, zu hören und hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die die jeweilige Ortschaft betreffen.
- (3) Wichtige Angelegenheiten im Sinne des Absatzes 2 sind insbesondere:
 - 3.1 die Veranschlagung der Haushaltsmittel für alle Angelegenheiten, die den jeweiligen Stadtteil (Ortschaft) betreffen
 - 3.2 die Bestimmung und wesentliche Änderungen der Zuständigkeiten sowie die Aufhebung der örtlichen Verwaltung in der Ortschaft
 - 3.3 die Ernennung, Einstellung und Entlassung der hauptsächlich in der örtlichen Verwaltung eingesetzten Gemeindebediensteten

ferner, soweit nicht für die ganze Stadt in gleicher Weise, sondern gerade für die Ortschaft von besonderer Bedeutung:
 - 3.4 die Aufstellung, wesentliche Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen sowie die Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen und städtebauliche Sanierungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch
 - 3.5 der Bau von Schulen, die Planung, Errichtung, wesentliche Änderung und Aufhebung öffentlicher Einrichtungen einschließlich Gemeindestraßen und Wirtschaftswegen
 - 3.6 der Ausbau und die Unterhaltung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
 - 3.7 der Erlass, die wesentliche Änderung und Aufhebung von Ortsrecht einschl. Polizeiverordnungen
 - 3.8 die Festsetzung von Abgaben und Tarifen,
 - 3.9 Festsetzung der Grundstückspreise für gemeindeeigene Bauplätze
 - 3.10 Verkauf und Vermietung von Vermögen
 - 3.11 Angelegenheiten der Feuerwehr

- (4) Dem Ortschaftsrat werden im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel folgende Angelegenheiten, soweit sie den jeweiligen Stadtteil (Ortschaft) betreffen zur Entscheidung übertragen:
- 4.1 Vollzug des Haushaltsplans für den jeweiligen Stadtteil, insbesondere Vergabe von Arbeiten und Lieferungen sofern der Betrag im Einzelfall nicht mehr als 35.000,-- € beträgt,
 - 4.2 die Ausgestaltung, Unterhaltung und Benutzung von folgenden öffentlichen Einrichtungen einschl. Gemeindestraßen, soweit deren Bedeutung nicht über den Bereich der Ortschaft hinausgeht:
 - 4.2.1 Kultur- und Sportpflege
 - 4.2.2 Friedhof
 - 4.2.3 Kinderspielplätze und Kindergärten
 - 4.2.4 Grün- und Parkanlagen
 - 4.3 Benennung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze
 - 4.4 die Pflege des Ortsbildes und des örtlichen Brauchtums
 - 4.5 die Angelegenheiten der örtlichen Vereine
 - 4.6 die Vergabe von Bauplätzen zum Zwecke der Wohnbebauung im jeweiligen Stadtteil an Bürger zu den vom Gemeinderat festgelegten Bedingungen
 - 4.7 Vergabe der Jagd- und Fischereirechte auf den Gemarkungen der jeweiligen Ortschaft, soweit gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen

(5) **§ 15 Absatz 5 wird neu hinzugefügt und zwar aufgrund Protokoll über die gemeinsame Besprechung im Landratsamt Rastatt in Sachen „Ortschaft Grauelsbaum / Stadt Lichtenau“ vom 15.02.2006:**

- a) Die Veräußerung und Belastung von Vermögenswerten aus dem jeweiligen Stadtteil ab einem Wert von 35.000,-- € bedarf der Zustimmung des jeweiligen Ortschaftsrates.

Bei Vermietung und Verpachtung von Gebäuden, Anlagen und Grundstücken in der jeweiligen Ortschaft (in dem jeweiligen Stadtteil) ist die Zustimmung ab einem Jahresbetrag netto von 17.500,-- € erforderlich.

- b) Wird die Zustimmung nicht erteilt, so ist der Gemeinderat berechtigt, mit einer Mehrheit von 2/3 der Stimmen des Gemeinderats die fehlende Zustimmung zu ersetzen.
- c) Der Gemeinderat ist berechtigt, die genannten Summen anzugleichen, wenn die Hauptsatzung entsprechend geändert wird.

§ 16 Ortsvorsteher

- (1) Der Ortsvorsteher ist Ehrenbeamter auf Zeit.
- (2) Der Ortsvorsteher vertritt den Bürgermeister ständig beim Vollzug der Beschlüsse des Ortschaftsrats und bei der Leitung der örtlichen Verwaltung.
- (3) Der Ortsvorsteher ist Vorsitzender des Ortschaftsrats.
- (4) Der Ortsvorsteher hat das Recht, an den Verhandlungen des Gemeinderats mit beratender Stimme teilzunehmen.

§ 17 Örtliche Verwaltung

In den Ortschaften Grauelsbaum, Muckenschopf, Scherzheim und Ulm wird je eine örtliche Verwaltung eingerichtet, die die Aufgabe einer Geschäftsstelle des Bürgermeisteramts wahrnimmt. Die örtlichen Verwaltungen führen die Bezeichnung:

Stadt Lichtenau - Ortsverwaltung Grauelsbaum
Stadt Lichtenau - Ortsverwaltung Muckenschopf
Stadt Lichtenau - Ortsverwaltung Scherzheim
Stadt Lichtenau - Ortsverwaltung Ulm

IX. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 18 Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt am 01. Januar 2014 in Kraft.
Zum gleichen Zeitpunkt tritt die bisherige Hauptsatzung mit ihren Änderungen außer Kraft.

Hinweis nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von auf Grund der GemO erlassener Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

77839 Lichtenau, 05. Dezember 2013



Christian Greilach
Bürgermeister